

A n t r a g

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Förderperiode 2014 – 2020 – Einbindung von Parlament, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartnern sowie der Zivilgesellschaft in die Vorbereitung des nächsten Operationellen Programms für Thüringen

I. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Vorbereitung des Operationellen Programms 2014 – 2020 für Thüringen?
2. Welche Schlussfolgerungen hat die Landesregierung aus den Erfahrungen bei der Vorbereitung der laufenden Förderperiode (2007 – 2013) gezogen? Wie beurteilt sie die damaligen unterschiedlichen Vorgehensweisen in den Bereichen ESF/EFRE einerseits und ELER andererseits, insbesondere hinsichtlich der Einbindung der Wirtschafts-, Sozial- und UmweltpartnerInnen (im folgenden WiSo-PartnerInnen)?
3. Wie erfolgt aktuell die Abstimmung zwischen den unmittelbar betroffenen Ministerien (insbesondere TMWAT, TMLFUN, TMBLV, Finanzministerium)? Welche interministeriellen Arbeitsgruppen existieren bereits bzw. sind geplant? Wie werden bzw. sind die anderen Ministerien eingebunden?
4. Wer vertritt die Thüringer Positionen bei den laufenden Verhandlungen zur Förderperiode 2014 – 2020 beim Bund? Welches Mandat besteht hierfür?
5. Wie erfolgte bislang die Einbindung der WiSo-PartnerInnen, der Begleitausschüsse und von VertreterInnen der Zivilgesellschaft in den Vorbereitungsprozess?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, eine stärkere Einbindung der Fachkompetenz der WiSo-PartnerInnen bei der gezielten Auswertung der laufenden Förderperiode aus Mitteln der Technischen Hilfe zu unterstützen?
7. Wie steht die Landesregierung zum so genannten Multifonds-Ansatz bzw. zu fondsübergreifenden Nutzung von EFRE, ESF und ELER?
8. Welche Position vertritt die Landesregierung zu dem in den Kommissionsentwürfen vorgesehenen veränderten Verhältnis zwischen ESF und EFRE für Thüringen (relative Stärkung des ESF bzw. Schwächung des EFRE)?
9. Will die Landesregierung angesichts der deutlich gesunkenen Arbeitslosenquote in Thüringen daran festhalten, den ESF auch in der kommenden Förderperiode vorrangig auf die Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen und welche Vorstellung hat die Landesregierung dazu?

10. Wie beurteilt die Landesregierung die bisherige Mittelverwendung in den Bereichen Dorferneuerung (ELER) und Stadtentwicklung (EFRE)? Plant sie hier veränderte Schwerpunktsetzungen, z.B. angesichts des demographischen Wandels?
11. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu den in den Kommissionsentwürfen enthaltenen Vorschlägen zur Ausweitung des LEADER-Prinzips auf ESF und EFRE?
12. Welche Vorstellungen hat die Landesregierung zur Sicherung der Kofinanzierungsanteile des Freistaates Thüringen? Wie steht sie zu den Möglichkeiten der Installation revolvierender Fonds sowie zu den von der Kommission vorgeschlagenen Instrumenten Globalzuschüsse, Pauschalfinanzierungen und Regionalbudgets?

II. Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. dem Thüringer Landtag fortlaufend über den aktuellen Stand der Vorbereitungen des Operationellen Programms 2014 – 2020 zu berichten, insbesondere über:
 - a. den Stand der Verhandlungen mit dem Bund zum Partnerschaftsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der EU-Kommission;
 - b. die konkreten Maßnahmen und Ergebnisse der Einbindung der WiSo-Partner und weiterer Vertreter der Zivilgesellschaft;
 - c. den Stand der Abstimmungen zwischen den involvierten Thüringer Ministerien;
 - d. geplante inhaltliche Schwerpunktsetzungen, Zwischenergebnisse und nächste Schritte der Programmierung.
2. die Vorgaben des Verhaltenskodex der EU-Kommission zum Partnerschaftsprinzip (Code of Conduct) unverzüglich und umfassend in Thüringen umzusetzen, insbesondere hinsichtlich folgender Aspekte:
 - a. Gestaltung einer transparenten, kooperativen und partnerschaftlichen Programmierung des OP 2014 – 2020, so dass alle Beteiligten jederzeit über den aktuellen Stand informiert sind;
 - b. Ausarbeitung einer (im Vergleich zur laufenden Förderperiode aktualisierten) Liste von WiSo-Partnern und weiterer Vertreter der Zivilgesellschaft, deren Expertise und Netzwerke für die Vorbereitung des OP genutzt werden sollen;
 - c. unverzügliche Aufstellung eines verbindlichen Zeitplanes zur Einbeziehung dieser WiSo-Partner und weiterer Vertreter der Zivilgesellschaft;
 - d. regelmäßige (unaufgeforderte) Information der WiSo-Partner über den Stand der Vorbereitung des OP und die vorgesehenen nächsten Schritte;
 - e. Einbindung der Kompetenzen der WiSo-Partner über gemeinsame thematische Arbeitsgruppen mit den Verwaltungen in allen drei Fonds;
 - f. zeitnahe Übermittlung von wichtigen Informationen und Dokumenten an die WiSo-Partner im Verlaufe der Verhandlungen;
 - g. Gewährleistung ausreichender Zeiträume, damit die WiSo-Partner Dokumente analysieren, mit ihren Mitgliedern besprechen und ein qualifiziertes Feedback ausarbeiten können
 - h. Festlegung verbindlicher Kommunikationswege zwischen den WiSo-Partnern und der Verwaltung;
 - i. transparente Darstellung, wie die Vorschläge der WiSo-Partner berücksichtigt wurden und, im Falle ihrer Ablehnung, Übermittlung einer entsprechenden Begründung.

3. die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen, um die Aktivitäten WiSo-Partner zur Auswertung der laufenden Förderperiode mit Blick auf die Zeit nach 2014 aus Mitteln der Technischen Hilfe zu unterstützen;
4. sich in den Verhandlungen mit dem Bund dafür einzusetzen, dass Deutschland die wesentlichen Elemente der Kommissionsentwürfe vom Oktober 2011 mit trägt und unterstützt, insbesondere
 - a. die Möglichkeit von Fonds übergreifenden Maßnahmen (Multifonds-Ansatz);
 - b. die Erweiterung des LEADER-Ansatzes auf ESF und EFRE;
 - c. die Möglichkeit der Nutzung der Finanzinstrumente revolvierende Fonds Globalzuschüsse, Pauschalfinanzierungen und Regionalbudgets.
5. angesichts der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung nicht nur den ELER, sondern auch ESF und EFRE schwerpunktmäßig für eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes einzusetzen, insbesondere
 - a. mit einer strategischen Neuausrichtung des ESF die soziale Entwicklung der Dörfer und Kleinstädte zu fördern,
 - b. besonderes Augenmerk auf Klein- und Mittelstädte und die Stärkung ihrer Umlandfunktionen zu legen,
 - c. durch Nutzung der vorgegebenen Spielräume in den EU-Verordnungen (Globalzuschüsse, Pauschalfinanzierungen u.ä.) Freiräume für innovative, unkonventionelle Projekte im ländlichen Raum zu ermöglichen, beispielsweise für neue Möglichkeiten dezentraler sozialer Versorgung und Alternativen im Bereich der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur,
 - d. das bürgerschaftliche Engagement anzuregen und zu stärken, z.B. durch eine Ausweitung des LEADER-Prinzips auf ESF und EFRE,
6. bei der Programmierung dafür zu sorgen, dass das OP 2014 – 2020 konsequent auf eine nachhaltige, klimaschonende, ressourceneffiziente und sozial ausgewogene Entwicklung ausgerichtet wird und insbesondere die folgenden Punkte des Gemeinsamen Strategischen Rahmens vorrangig berücksichtigt werden:
 - a. Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft;
 - b. Anpassung an den Klimawandel sowie Risikoprävention und -management;
 - c. Umweltschutz und Förderung der Ressourceneffizienz;
 - d. Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr;
 - e. Förderung von Beschäftigung und Mobilität der Arbeitskräfte;
 - f. Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut;
 - g. Investitionen in Bildung, und lebenslanges Lernen;
7. eine ausreichende Kofinanzierung der Landesanteile sicher zu stellen und darüber hinaus die Nutzung folgender Finanzinstrumente zu prüfen:
 - a. revolvierende Fonds
 - b. Globalzuschüsse
 - c. Pauschalfinanzierungen
 - d. Regionalbudgets
 - e. Ermöglichung privater Kofinanzierungen.

Begründung:

Die EU-Strukturfonds ESF und EFRE sowie der Landwirtschaftsfonds ELER sind ein wesentlicher Faktor des Landeshaushalts des Freistaates Thüringen und bilden damit eine wichtige Grundlage für die zukunftsfähige Entwicklung unseres Landes. In der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 sind jedoch nicht nur die verfügbaren EU-Mittel, sondern auch die Landesfinanzen stark rückläufig. Es ist daher von besonderer Bedeutung, das Operationelle Programm für den Freistaat sorgfältig, realistisch und mit zukunftsorientierten Schwerpunkten vorzubereiten und zu planen.

Ein weiterer Aspekt ist die schwindende Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen, bei der Sicherung einer angemessenen infrastrukturellen Grundversorgung in der Fläche. Das Auslaufen des Solidarpakts II nach 2019 wird eine zusätzliche, erhebliche Lücke verursachen. Es ist daher davon auszugehen, dass wichtige Versorgungsfunktionen, gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen, zunehmend von der Zivilgesellschaft übernommen werden müssen. Hinzu kommt die Herausforderung, angesichts des demographischen Wandels Orte im ländlichen Raum noch lebensfähig zu halten. Dazu muss vor allem die Rolle der Klein- und Mittelstädte als regionale Versorgungszentren gestärkt als auch die Ansiedlung neuer Akteure im ländlichen Raum aktiv gefördert und unterstützt werden.

Unter diesen Prämissen kann ein gutes OP nicht von wenigen Experten und Entscheidungsträgern hinter verschlossenen Türen geplant werden. Notwendig ist ein transparenter Vorbereitungsprozess unter Einbeziehung des Parlamentes, der WiSo-Partner und weiterer Vertreter der Zivilgesellschaft, um tragfähige Lösungen auszuarbeiten, vorhandene Kompetenzen frühzeitig einzubinden und spätere Reibungsverluste zu minimieren. Da die Vertreter der Zivilgesellschaft und vieler WiSo-Partner vorrangig ehrenamtlich arbeiten, ist es wichtig, entsprechende Zuwendungen aus Mitteln der technischen Hilfe zu finanzieren.

Im Zusammenhang mit den absehbaren Herausforderungen des demographischen Wandels und der wachsenden Rolle der Zivilgesellschaft vor Ort muss das OP 2014 – 2020 ausreichende Spielräume und Anreize für dezentrales bürgerschaftliches Engagement wie auch für neue, unkonventionelle Ansätze (z.B. dezentrale soziale Versorgungsstrukturen) vorsehen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Instrumente wie Globalzuschüsse und Pauschalfinanzierungen wären hierfür geeignete Formen auch für Thüringen.

Der sich bereits deutlich abzeichnende Klimawandel, die Verknappung und Verteuerung von Energie und anderer Ressourcen sowie die Instabilität der globalen Finanzmärkte werden sich im Planungszeitraum 2014 – 2020 aller Voraussicht nach weiter verschärfen. Es ist daher wichtig, das OP bewusst und konsequent auf nachhaltige Ziele und tragfähige regionale Strukturen auszurichten (integrierte Entwicklung). Mit dem flächendeckenden LEADER-Ansatz verfügt Thüringen hier über gute Voraussetzungen; die Ausdehnung von LEADER auf ESF und EFRE wie auch der Multifonds-Ansatz wären wichtige Rahmen für eine solche integrierte, regional verankerte Entwicklung.

Für die Fraktion:



Rothe-Beinlich